

Antrag
der Fraktion der Deutschen Partei

**betr. Pfändungen von Milcherträgen in der
Landwirtschaft.**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundesminister der Finanzen wird ersucht, die Finanzämter anzuweisen, im Falle von Zwangsmaßnahmen bei Nichtzahlung der doppelten Rate für die Soforthilfe am 20. November 1951 die Milcherträge in den von der Maul- und Klauenseuche heimgesuchten landwirtschaftlichen Betrieben zur Pfändung nicht heranzuziehen.

Bonn, den 10. Oktober 1951

Matthes
Tobaben
Dr. Mühlenfeld und Fraktion